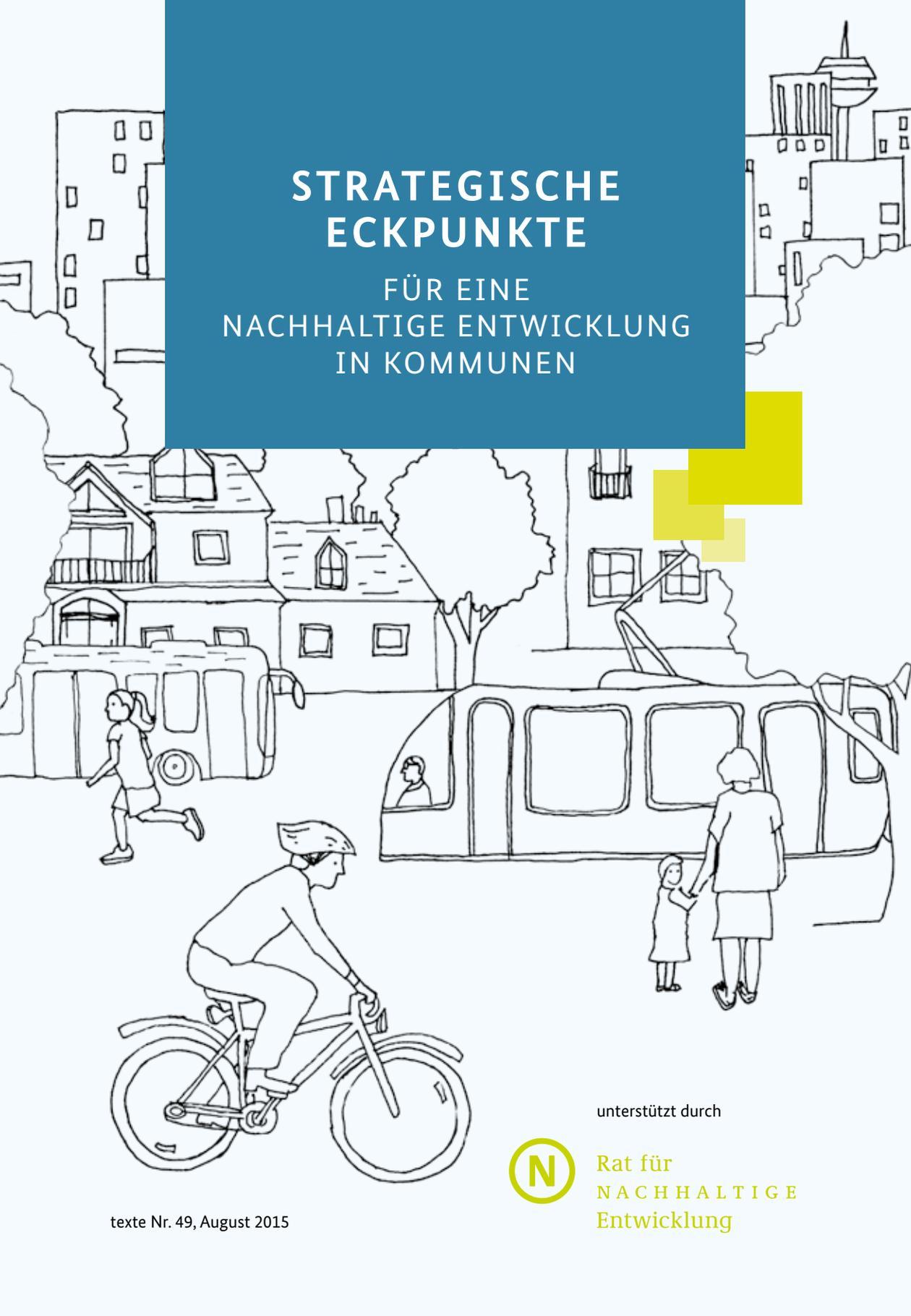


STRATEGISCHE ECKPUNKTE

FÜR EINE
NACHHALTIGE ENTWICKLUNG
IN KOMMUNEN



unterstützt durch



Rat für
NACHHALTIGE
Entwicklung

STRATEGISCHE ECKPUNKTE

FÜR EINE
NACHHALTIGE ENTWICKLUNG
IN KOMMUNEN

Zweite, vollständig überarbeitete, erweiterte und aktualisierte Auflage



RAVENSBURG



AUGSBURG



RHEINE



TÜBINGEN

INHALT

<i>Zum Hintergrund</i>	6
<i>Vom Programm zur Praxis:</i>	
<i>Oberbürgermeister für eine nachhaltige Entwicklung</i>	7
<i>I. Partizipation und Öffentlichkeitsbeteiligung</i>	10
<i>II. Nachhaltigkeit im kommunalen Finanzwesen</i>	15
<i>III. Nachhaltigkeit als kommunale Querschnittsaufgabe</i>	19
<i>IV. Abstimmung der Nachhaltigkeitsaktivitäten von Kommunen, Ländern, Bund, Europäischer Union und global</i>	23

KASSEL



ZUM HINTERGRUND

Auf Einladung des Rates für Nachhaltige Entwicklung treffen sich Oberbürgermeisterinnen und Oberbürgermeister sowie politische Vertreter von Städten in der Bundesrepublik Deutschland, die sich auf besondere und führende Weise der Idee der Nachhaltigkeit widmen, zu einem Dialog über strategische Fragen der „Nachhaltigen Stadt“. Die Beteiligten tauschen insbesondere ihre eigenen Ansätze als politisch Verantwortliche aus und gehen der Frage nach, wie die kommunale Nachhaltigkeitspolitik mehr Profil und Gewicht in der Bundespolitik erlangen kann. Die Oberbürgermeister haben strategische Eckpunkte für eine nachhaltige Entwicklung in Kommunen vereinbart, als Bekenntnisse und Empfehlungen sowie als Basis für Forderungen an die Politik. Der Rat für Nachhaltige Entwicklung hat den Dialogprozess ermöglicht. Die Inhalte gehen allein auf die Diskussionen der Oberbürgermeister zurück.

Die „Eckpunkte“ wurden erstmalig 2010 von den am Dialog „Nachhaltige Stadt“ beteiligten Oberbürgermeisterinnen und Oberbürgermeistern verabschiedet und 2015 aktualisiert. In die Neuauflage flossen Impulse aus einem Dialogprojekt des Nachhaltigkeitsrates mit rund 100 jungen kommunalen Akteuren ein. Diese Stellvertreter der Generation, die in Zukunft mehr Verantwortung tragen wird, haben im Rahmen des Projekts „Kommunale Nachhaltigkeit“ auf Einladung des Rates für Nachhaltige Entwicklung Empfehlungen an die Bundesregierung und an die am Dialog „Nachhaltige Stadt“ beteiligten Oberbürgermeisterinnen und Oberbürgermeister formuliert.

DÜSSELDORF



BONN

VOM PROGRAMM ZUR PRAXIS: OBERBÜRGERMEISTER FÜR EINE NACHHALTIGE ENTWICKLUNG

Wir, die Oberbürgermeisterinnen und Oberbürgermeister von Augsburg, Bad Homburg, Bonn, Bottrop, Darmstadt, Delitzsch, Düsseldorf, Erfurt, Essen, Frankfurt am Main, Freiburg, Friedrichshafen, Hannover, Heidelberg, Karlsruhe, Kassel, Köln, Konstanz, Leipzig, Lörrach, Ludwigsburg, Lüneburg, München, Münster, Norderstedt, Nürnberg, Osnabrück, Ravensburg, Rheine, Suhl, Tübingen und Wernigerode, richten unsere Politik an den Grundsätzen der Nachhaltigkeit aus. Wir sind überzeugt: Erst die Praxis einer integrierten, nachhaltigen Stadtentwicklung, die ökologische, ökonomische und soziale Belange gleichberechtigt und auf der Grundlage generationengerechter Finanzen betreibt, schafft die Basis für die Zukunft unserer Städte. Wir wollen unsere – durchaus auch unterschiedlichen – Ansätze ausbauen. In der Nachhaltigkeitspolitik muss die kommunalpolitische Verantwortung und Praxis größeres Gewicht erhalten.

Die Eckpunkte für eine nachhaltige Stadtentwicklung verstehen sich als Beitrag zur Fortschreibung der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie 2016. Wir fordern die Bundesregierung auf, diese zu berücksichtigen.

LUDWIGSBURG



Unsere vier Eckpunkte

Wir bekennen uns als Oberbürgermeisterinnen und Oberbürgermeister zu unserer Verantwortung für das Ganze:

- I Nachhaltigkeit muss von den Menschen her gedacht werden: konkret, lebendig, zupackend, mit Perspektive und gemeinsam mit den Menschen, die sich in zunehmendem Maße die Idee der Nachhaltigkeit zu eigen machen. Deshalb setzen wir auf Dialog, Partizipation und die Unterstützung der Entwicklung von Handlungskompetenzen zur Übernahme von Verantwortung und geben der Nachhaltigkeit durch konkrete Projekte vor Ort ein Gesicht.
- II Nachhaltigkeit bedeutet, nicht mehr Ressourcen zu nutzen, als sich laufend erneuern – auch in finanzieller Hinsicht. Deshalb setzen wir uns für einen ausgeglichenen Haushalt und den Schuldenabbau zugunsten kommender Generationen ein und fordern eine strukturelle Stärkung der Kommunen. Wir fordern, die Schieflage der Kommunalfinanzen aufgrund von Aufgabenverlagerungen ohne ausreichende Gegenfinanzierung durch ein faires Gemeindefinanzierungssystem zu korrigieren, das die Einnahme- und die Ausgabeseite der Kommunen neu justiert.
- III Eine nachhaltige Entwicklung erfordert die Integration der Ressorts und Sachfragen in eine große Perspektive. Deshalb machen wir Nachhaltigkeit zur Chefsache und integrieren diese Querschnittsaufgabe in Politik und Verwaltung. Wir setzen uns dafür ein, dass das Nachhaltigkeitsmanagement – wo immer es Praxis wird – von Grundsätzen und Regeln geleitet wird. Die Bundesregierung sollte hierbei im Rahmen der Fortschreibung ihrer Nachhaltigkeitsstrategie 2016 vorangehen.
- IV Die nachhaltige Entwicklung erfordert, dass alle staatlichen Ebenen an einem Strang ziehen und partnerschaftlich auf Augenhöhe zusammenarbeiten. Die Verabschiedung von universell gültigen Nachhaltigkeitszielen (SDG) der Vereinten Nationen und die Vielzahl von Nachhaltigkeitsstrategien im föderalen Konzert stellen neue und erhebliche Anforderungen an Abstimmung, Koordination und Beteiligung zwischen den Ebenen. Wir wollen uns daran beteiligen, fordern aber die Bundesregierung auf, hierfür bessere Bedingungen zu schaffen, da ihr eine Leitfunktion zukommt. Wir sehen in einem globalen Nachhaltigkeitsziel für Städte eine wichtige Stärkung der Rolle der Kommunen und fordern die Bundesregierung auf, uns bei der Umsetzung dieses Ziels zu unterstützen.

Wir laden die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister in Deutschland, die anderen politischen Ebenen und die Öffentlichkeit ein, unsere Eckpunkte zu unterstützen. Wir wissen, dass viele sich bereits auf den Weg gemacht haben. Wir freuen uns über möglichst viele Mitstreiterinnen und Mitstreiter, die uns dabei unterstüt-

zen, unsere Initiative in Zusammenarbeit mit dem Nachhaltigkeitsrat noch wirkungsvoller zu machen. Wer mit der Idee der Nachhaltigkeit Ernst machen will, der muss sie für die Zukunft der Städte nutzbar machen. Wir haben Hochachtung vor den vielfältigen Initiativen zur Nachhaltigkeit in Kommunen, wie der Leipzig-Charta, dem Engagement zur Lokalen Agenda 21 oder den intensiven internationalen Dialogen und Netzwerken (ICLEI – Local Governments for Sustainability mit der European Sustainable Cities and Towns Campaign, Covenant of Mayors, Energie Cités, Klima-Bündnis/Alianza del Clima u. a.). Wir wollen an diese Aktivitäten anknüpfen und der kommunalen Nachhaltigkeitspolitik in Deutschland einen neuen Impuls geben. Dabei haben wir durchaus unterschiedliche Schwerpunkte und verfolgen verschiedene Ansätze. Was uns zusammenbringt, ist unsere persönliche Übernahme von Verantwortung. Es gibt keine Blaupausen und keine einfachen Erfolgsrezepte zur nachhaltigen Entwicklung. Aber es ist gewiss, dass es ohne das glaubwürdige Beispiel, ohne mitreißendes Engagement und ohne eine beharrliche Initiative der politischen Führung nicht geht.



DELITZSCH



ESSEN

FREIBURG



I. PARTIZIPATION UND ÖFFENTLICHKEITS- BETEILIGUNG

Strukturen zu schaffen, die nachhaltigkeitsorientiertes Handeln nahelegen, ist Aufgabe der Politik. Dennoch kann und darf nachhaltige Entwicklung nicht von oben verordnet werden. Sie muss auf allen Ebenen gelebt werden und ist nur mit dem Engagement der Zivilgesellschaft erreichbar. Wir vertrauen auf die Kenntnisse, Erfahrungen und Ideen der Menschen in unseren Städten. Umgekehrt ermöglichen wir politische Teilhabe; unabhängig vom Bildungshintergrund der Menschen, ihrer Herkunft oder ihrer sozialen und wirtschaftlichen Situation. Indem wir zeigen, dass uns dieses Wissen wichtig ist, schaffen wir Vertrauen. Die parlamentarische Demokratie, aber auch kommunale und landesweite Bürger- und Volksbegehren sind für uns die Grundlage für partizipative Ansätze. Wir halten die kommunale Ebene als den Ort, wo Demokratie am unmittelbarsten erfahren und gelebt wird, für am besten geeignet, direktdemokratische Elemente zu erproben und dauerhaft zu implementieren. Wir ermöglichen Beteiligung deshalb nicht nur, sondern fordern die Mitwirkung und Verantwortungsübernahme auch ein. Eine echte Beteiligung fordert von der Öffentlichkeit Engagement. Die Beteiligten sollen Mitverantwortung für Umsetzung, Ergebnisse und Wirksamkeit übernehmen.

LÖRRACH



Konkret heißt Partizipation und Öffentlichkeitsbeteiligung für uns:

1. Eigeninitiative und Mitwirkung fördern

Eine nachhaltige Stadtentwicklung, die den Bedingungen vor Ort gerecht wird, kann nur gemeinsam von Politik, Verwaltung, der Zivilgesellschaft und den in der Kommune ansässigen Unternehmen vorangebracht werden.

Wir beteiligen deshalb die Menschen in unseren Städten bei wichtigen Themen der Stadtpolitik und bei großen Investitionen. Wir informieren dafür frühzeitig und umfassend und legen die Verfahrensweisen, Grundlagen, Ziele und Wirkungen von Entscheidungen offen. Wir gehen mit gutem Beispiel voran und gestalten Prozesse transparent, indem wir aktuell über die Prüfung von Vorschlägen informieren und hinterher eine Rückmeldung über die Ergebnisse der Beschlussfassungen geben. Wir achten bei der Beteiligung der Öffentlichkeit auf eine ausgewogene Zusammensetzung und auf angemessene Verfahren. Dabei benennen wir neben den Möglichkeiten auch die Grenzen von Partizipation klar und deutlich.

Wir tragen dazu bei, dass Menschen ihre Belange im Gemeinwesen selbst in die Hand nehmen – nicht als Ersatz für fehlende staatliche Angebote, sondern als eigenständigen Wert. Wir wollen helfen, dass sich diese Eigeninitiative entfalten kann. Konkret bedeutet das, dass wir klare Verantwortlichkeiten für das kommunale Nachhaltigkeitsmanagement und die Beteiligung der Öffentlichkeit benennen. Wir schaffen dazu in unseren Verwaltungen die Strukturen, stellen die Ressourcen zur Verfügung und fördern die Kompetenzen unserer Mitarbeiterschaft entsprechend.

2. Mut zum Experiment

Die Ausgestaltung von Partizipation muss unterschiedliche Wege gehen. So unterschiedlich die kommunalen Verfassungen sind und so unterschiedlich die politische und gesellschaftliche Situation vor Ort ist, so vielfältig sind denkbare Ansätze, Aktionen und Ideen zur Nachhaltigkeit.

Sinnvoll ist es, Einzelaktionen einen institutionellen Rahmen zu geben. Möglichkeiten sind die Berufung von Bürgerinnen und Bürgern in Beiräte, die sich mit Fragen der Nachhaltigkeit beschäftigen, und die Schaffung von Runden Tischen, Foren und Netzwerken zum Austausch.

3. Unternehmen eine Rolle geben

Partizipation und Dialog sind Grundpfeiler für das Zusammenwirken mit dem Gewerbe, dem Handel und der Wirtschaft insgesamt.

Wir beziehen deshalb die in unseren Städten ansässigen Kammern, Unternehmensvereinigungen, -verbände sowie einzelne Unternehmen verstärkt in den Nachhaltigkeitsprozess ein. Konkret heißt das, dass wir in den wichtigen Feldern der nachhaltigen Stadtentwicklung den Dialog mit relevanten Branchen und regionalen Unternehmensverbänden weiterentwickeln, um gemeinsam eine nachhaltige Entwicklung voranzubringen. Auf diese Weise fördern wir die Kooperation zwischen den unterschiedlichen Interessengruppen in zukunftsfähigen, zielführenden Projekten. Die Verantwortung für nachhaltiges Wirtschaften wollen wir zusammen mit den Unternehmen weiterentwickeln und unterstützen die Anwendung des Deutschen Nachhaltigkeitskodex.

4. Nachhaltige Lebensstile fördern

Die ehrgeizigen Ziele, die sich die Kommunen für eine nachhaltige Entwicklung gesetzt haben, erfordern neben Effizienzmaßnahmen auch eine Veränderung des gesellschaftlichen Bewusstseins.

Wir setzen uns deshalb dafür ein, energiesparendes Verhalten zu fördern und Menschen von umweltbewusster Mobilität und Lebensstilen sowie nachhaltigen Produktalternativen zu überzeugen. Wir machen deutlich, dass nachhaltiger Konsum, weniger oder „anderer“ Konsum ein Mehr an Lebensqualität, Zufriedenheit und Gesundheit bedeuten kann. Deshalb befördern wir den Dialog darüber, wie ein ressourcenleichtes und gutes Leben aussehen kann, das die ökologische Belastung des Planeten möglichst gering hält, das Verfügbare gerecht verteilen hilft und den Blick über die Kommune hinaus weitet.

KONSTANZ



Wir unterstützen die zahlreichen kreativen Ansätze – beispielsweise „Repair Cafés“, gemeinsames Stadtgärtnern oder das Teilen von Dingen –, die einen Mehrwert für alle bieten können. Das stärkt auch den gesellschaftlichen Zusammenhalt.



LÜNEBURG



HANNOVER

5. Stadtvisionen: gemeinsame Entwicklung konkretisieren

Stadtvisionen und Leitbilder bieten Orientierung für die kommunale Nachhaltigkeitspolitik und setzen insbesondere für politische Entscheidungen mit langfristigen Auswirkungen einen verlässlichen Rahmen.

Wir entwickeln gemeinsam mit der Bevölkerung, den vor Ort tätigen Unternehmen und Verbänden sowie Wissenschaft, Politik und Verwaltung ein Zukunftsbild unserer Stadt und konkretisieren dieses fortlaufend in der Meinungsbildung der Stadtgesellschaft und durch den Einsatz von Wissenschaft und Innovation zur Zukunftsstadt. Visionen und Leitbilder nutzen wir als Rahmen für unsere Planungen und Entscheidungen. Durch verbindlich formulierte Ziele und Leitlinien zur nachhaltigen Entwicklung schlagen wir die Brücke zum Alltag in Politik und Verwaltung.

6. Im Dialog: Die Energiewende voranbringen

Die Energiewende erfordert eine umfassende Beteiligung der Bürgerschaft, der Verbände und der Unternehmen. Erfolgreiche Partizipation in den Kommunen hat auch für bundesweite Ziele und Vorhaben eine erhebliche Bedeutung. In den Kommunen müssen viele der technischen und sozialen Lösungen der Energiewende auf den Weg gebracht werden – innovativ, lebensnah und gemeinsam mit den Menschen vor Ort. Allerdings muss die Politik in Bund und Ländern die wirtschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen auch so gestalten, dass die Kommunen mit ihren Stadtwerken die Energiewende erfolgreich gestalten können.

Wir wissen, dass wir den Energieverbrauch und die Emission von Treibhausgasen bis 2050 deutlich reduzieren müssen. Deshalb arbeiten wir in Strategien und Programmen auf eine größtmögliche Energieeinsparung und Reduktion von CO₂-Emissionen mit dem Fernziel der CO₂-Neutralität hin. Wir werden schrittweise die städtische Infrastruktur und die Bausubstanz an diese Anforderungen anpassen und setzen uns bei kommunalen Bauvorhaben für Energieeffizienz und Niedrigenergiebauweise auch schon im Vorgriff auf die für 2019 vorgesehenen Standards ein. Modell- und Pilotprojekte werden eine wichtige Rolle spielen, um – ausgehend von einzelnen neuen Wohnquartieren bis hin zu bestehenden Quartieren und ganzen Stadtteilen – den Umbau der Stadt zu nachhaltigen Strukturen und Anlagen zu leisten. Ein besonderes Augenmerk legen wir auf angemessene Mitgestaltungsmöglichkeiten für die Menschen vor Ort sowie auf die Vereinbarkeit von sozialem Wohnungsbau und energetischer Sanierung, um auch Menschen mit geringem Einkommen einen hohen energetischen Standard zu ermöglichen.



KÖLN



MÜNCHEN

MÜNSTER



II. NACHHALTIGKEIT IM KOMMUNALEN FINANZWESEN

Es gibt auch eine fiskalische Nachhaltigkeit. Sie hat zwei Seiten: Zum einen muss eine nachhaltige Politik finanzierbar sein oder auf selbsttragenden wirtschaftlichen Effekten beruhen. Zum anderen müssen finanzielle Ressourcen genauso wie ökologische Ressourcen bewahrt bzw. in vielen Fällen erst wiederhergestellt werden. Deshalb sind ein ausgeglichener Haushalt und der Schuldenabbau zugunsten kommender Generationen zentrale Ziele der Stadtpolitik.

Diese Ziele verlangen massive Anstrengungen vonseiten der Kommunen. Sie erfordern jedoch auch eine strukturelle Entlastung. Wir erwarten, dass Bund und Länder die Voraussetzungen für eine stabile und dauerhafte Finanzierung der Kommunen schaffen.

Konkret heißt Nachhaltigkeit im kommunalen Finanzwesen für uns:

1. Ausgaben und Einnahmen angleichen

Wir wollen die kommunalen Ausgaben und Einnahmen in ein angemessenes, zukunftsfähiges Verhältnis bringen. Dies kann jedoch nicht allein auf kommunaler Ebene erreicht werden. Zu einer nachhaltigen Entwicklung in Kommunen gehören die Prinzipien Konnexität und Subsidiarität sowie die Sicherung angemessener Anteile an den staatlichen Steuereinnahmen. Wir halten es für inakzeptabel, wenn die Kommunen weiter gesamtstaatlich zu verantwortende Aufgaben, insbesondere im sozialen Bereich, wahrzunehmen und zu finanzieren haben, auf deren Entwicklung sie keinen Einfluss nehmen können und deren steigende Finanzierungslast die kommunalen



OSNABRÜCK

Möglichkeiten übersteigt. Vor diesem Hintergrund verlangen wir eine ernsthafte Aufgabenüberprüfung. Zusätzliche Aufgaben sollen nur dann auf die Kommunen übertragen werden, wenn deren Finanzierung dauerhaft sichergestellt ist und eine einvernehmliche Finanzierungslösung gefunden wird. Er-

forderlich sind überdies sichere kommunale Einnahmequellen; dazu gehört auch eine nach Art. 28 Abs. 2 GG garantierte mit Hebesatzrecht ausgestaltete wirtschaftskraftbezogene Steuerquelle.

2. Langfristig planen

Nachhaltige Kommunalfinanzen müssen sowohl auf der Ausgabeseite als auch auf der Einnahmeseite ansetzen.

Wir fördern deshalb eine umfassende und konsequente Aufgabenkritik und die Entwicklung neuer, effizienter und ganzheitlicher Planungsmethoden, Arbeits- und Kooperationsformen. In steuerlich ertragsstarken Jahren reduzieren wir die Konsolidierungsanstrengungen nicht, sondern bauen sie weiter aus.

Wir nutzen die bestehenden kommunalen Möglichkeiten, die Schonung natürlicher Ressourcen und die Nutzung innovativer Technologien voranzubringen, und erzielen damit in vielen Fällen auch finanzielle Einsparungen. Wir nutzen die Chance, so gewonnene Mittel durch entsprechende Finanzierungsmodelle (beispielsweise Intracting¹) zur Realisierung weiterer, nachhaltiger Vorhaben zu nutzen. Wir sparen heute nicht an Investitionen zum kurzfristigen Vorteil auf Kosten der Wirtschaftlichkeit in der Zukunft (z.B. beim Bau öffentlicher Gebäude oder bei der energetischen Sanierung).

Knappe öffentliche Haushalte erfordern eine konsequente Erfolgskontrolle für einen haushälterischen Umgang mit finanziellen Ressourcen. Deshalb formulieren wir quantifizierte Ziele für den städtischen Haushalt und nutzen Indikatoren zur Überprüfung und Steuerung.

¹ **Intracting** ist ein insbesondere kommunales Finanzierungsinstrument, das für die Realisierung von Maßnahmen zur Einsparung von Energie oder anderen Ressourcen eingesetzt wird.



WERNIGERODE



ERFURT



HEIDELBERG

3. Kostentransparenz herstellen

Klarheit und Transparenz im Hinblick auf Kosten und ökonomischen Nutzen müssen als Grundlage für eine langfristige und realistische Planung angesehen werden. Das gilt insbesondere bei Bau- oder Infrastrukturvorhaben, bei der Beschaffung von IT-Geräten oder von Kraftfahrzeugen und anderen langlebigen Verbrauchsgütern. Wir wollen auf kommunaler Ebene dazu beitragen, dass Preise die ökonomische, ökologische und soziale Wahrheit angeben.

Konkret heißt das, dass wir bei allen größeren Investitionsprojekten vor allem auch die Kosten prüfen, die sich aus dem gesamten Lebenszyklus der Maßnahme ergeben. Daneben regen wir bei Bund und Ländern an, im Zusammenwirken mit den Kommunen entsprechende Instrumente zu entwickeln und an konkreten Beispielen zu testen, die praktisch anwendbar sind.

4. Prüfverfahren entwickeln und erproben

Nachhaltigkeitsprüfungen sollen in Zukunft den haushälterischen Umgang mit finanziellen und natürlichen Ressourcen sicherstellen.

Konkret heißt das für uns, dass wir die Nachhaltigkeit bei allen neuen und wesentlichen Maßnahmen prüfen wollen und über Verfahren und Ergebnisse in den Erfahrungsaustausch mit allen staatlichen Ebenen eintreten. Wir regen bei Bundes- und Landesinstitutionen in Kooperation mit den kommunalen Spitzenverbänden an, geeignete Instrumente zu entwickeln.

5. Finanzsituation offenlegen

Die finanzielle Situation unserer Kommunen – mit allem, was daraus an Möglichkeiten und Grenzen folgt – soll für die Menschen nachvollziehbar sein. Das schafft die Voraussetzung für ein hohes Kostenbewusstsein auf allen Seiten und gibt Akteuren außerhalb des politisch-administrativen Systems die Möglichkeit, Chancen und Risiken frühzeitiger zu erkennen.

Wir setzen uns deshalb für ein größtmögliches Maß an Transparenz hinsichtlich der Finanzlage, der Einnahmen, Ausgaben und Vermögenssituation unserer Kommunen und kommunaler Unternehmen ein.

DARMSTADT



NÜRNBERG



III. NACHHALTIGKEIT ALS KOMMUNALE QUERSCHNITTAUFGABE

Für eine nachhaltige Entwicklung sind alle Politikbereiche wichtig. Der Blick auf das Morgen verlangt ein Denken, das über Ressortpolitik hinausgeht und Ökologie, Soziales und Wirtschaft in einer zukunftstauglichen Vision zusammenbringt.

Im administrativen Alltag der städtischen Leistungen und Aufgaben drückt sich dieses Prinzip in der Pflicht aller Bereiche aus, Nachhaltigkeit als Querschnittsaufgabe zu verstehen und umzusetzen. Das ist, wie wir wissen, einfach gesagt und nur mit großer Überzeugungskraft und Konsequenz wirksam zu organisieren und zu steuern. Wir wissen aber auch, dass es demjenigen, der es ernsthaft versucht, Vorteile durch eine größere Attraktivität einer lebenswerten Stadt nach außen und mehr Motivation der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Innern bringt.

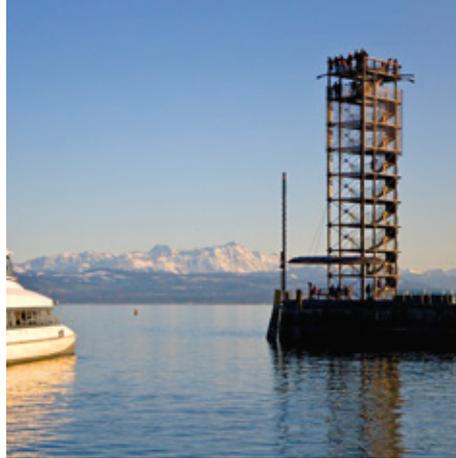
Konkret heißt das für uns:

1. Nachhaltigkeit zur Chefsache machen

Die Verantwortung für das Thema Nachhaltigkeit muss von der politischen Spitze getragen sein, um die Wirksamkeit des Anliegens zu sichern.

Eine sinnvolle Möglichkeit ist die Bestellung eines/einer Nachhaltigkeitsbeauftragten. Von hier aus müssen die Nachhaltigkeitsaktivitäten innerhalb der Verwaltung koordiniert sowie die Verbindung zu den politisch Verantwortlichen im Rat, in der Zivilgesellschaft, der Wissenschaft und der Wirtschaft hergestellt werden. Wir setzen uns dafür ein, dass es einen intensiven fachlichen Austausch zwischen und innerhalb der Verwaltungsebenen sowie mit den politischen

Gremien gibt. Wir sorgen dafür, dass die Verwaltungsleistungen für Nachhaltigkeit und die personellen Verantwortlichkeiten klar erkennbar sind. Nachhaltigkeit als Querschnittsaufgabe zu verstehen bedeutet auch, dass wir im Sinne von „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ die Gestaltungskompetenz der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter fördern.



FRIEDRICHSHAFEN

2. Das Nachhaltigkeitsmanagement verbessern

Unser Ziel ist es, Programme querschnittsorientiert und dezernatsübergreifend im fachlichen Austausch und ausgerichtet am Leitbild der Nachhaltigkeit zu erarbeiten.

Ein schrittweise eingeführtes integriertes Nachhaltigkeitsmanagement dient dazu, die Erarbeitung und Umsetzung der Handlungsprogramme zu steuern und diese in regelmäßigen Abständen einer Überprüfung zu unterziehen. Unsere Leitbilder konkretisieren wir in einem Zielsystem, welches wir mit geeigneten Indikatoren unterlegen. Im Rahmen eines auf Dauer angelegten Monitorings machen wir Erfolge sichtbar und zeigen auf, wo nachgesteuert werden muss.

Wir bieten der Bundesregierung an, unsere Erfahrungen in die Verbesserung der in der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie festgeschriebenen Managementregeln einzubringen.

3. Kommunale Unternehmen am Leitbild der Nachhaltigkeit ausrichten

Nachhaltigkeit als kommunale Aufgabe geht über das Einmaleins moderner Verwaltungstechnik hinaus. Wichtig ist, dass jedes Ressort, jeder Verein, jedes Unternehmen und jede Person in der Stadt versteht, welche Aufgabe für eine zukunftsfähige Entwicklung der Stadt er oder sie hat. Das zu strukturieren und zu organisieren ist unsere Aufgabe als Oberbürgermeister.

Deshalb richten wir Eigenbetriebe, Stadtwerke und andere kommunale Unternehmen am Leitbild der Nachhaltigkeit aus. Wir setzen uns dafür ein, dass unsere Unternehmen ihre gesellschaftliche Verantwortung verstärkt wahrneh-

men und ihr Nachhaltigkeitsmanagement transparent machen, beispielsweise durch Anwendung des Deutschen Nachhaltigkeitskodex.

4. Mit gutem Beispiel vorangehen

Jede Kommunalverwaltung muss eine Vorreiterrolle übernehmen, wenn sie für die Bürgerinnen und Bürger glaubwürdig sein will. Schwerpunkte können in den Bereichen Beschaffung, Bildung, Förderung des Ehrenamtes, Klimaschutz und Förderung der regionalen, nachhaltigen Wirtschaft liegen.

Im Beschaffungs- und Vergabewesen nutzen wir beispielsweise die bereits bestehenden rechtlichen Möglichkeiten und richten dieses an sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Kriterien aus. Dadurch tragen wir den Nachhaltigkeitsgedanken in viele Fachplanungen, Konzepte und Maßnahmen der Verwaltung.

Um eine nachhaltige Beschaffungspolitik zu erleichtern, fordern wir den Bund auf, die Informationen zu Produktkennzeichen und -labels zur sozial verantwortlichen und ökologisch verträglichen Herstellung von Produkten zu vereinfachen und wirksamer zu machen. Es werden verbindliche Empfehlungen für Siegel und Zertifikate benötigt, die rechtskonform in Ausschreibungen angewendet werden können. Gesetzliche Mindestanforderungen an Siegel sollen die Vergleichbarkeit von Produkten erleichtern.

5. Zukunftsfähigkeit ausbauen: Bildung für nachhaltige Entwicklung

Die Maßgaben einer nachhaltigen Entwicklung im formellen Bildungswesen angemessen zu verankern ist Aufgabe der Bundesländer. Doch auch den Kommunen kommt eine große Verantwortung zu: Es geht darum, allen Menschen

BOTTROP



in unseren Städten zu ermöglichen respektive ihnen anzubieten, die Kompetenzen zu erwerben, die für ein gutes Leben und für die Gestaltung einer positiven gesellschaftlichen Entwicklung nötig sind.

Wir beziehen die Ziele der Bildung für nachhaltige Entwicklung in unseren Leitbildern und Strategien ein.

Wir unterstützen Strukturen, Initiativen und Projekte und stellen vor allem Kindern und Jugendlichen in ihren Lebenszusammenhängen Gestaltungsräume zur Verfügung. Alle Einrichtungen, egal ob sie der formellen oder informellen Bildung angehören, müssen stärker als in der Vergangenheit zusammenarbeiten. Wir unterstützen die Umsetzung des Weltaktionsprogramms „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ in Deutschland.

Bildung und Ausbildung sind der Schlüssel zur Teilhabe an unserer Gesellschaft. Wir legen deshalb ein besonderes Augenmerk auf Menschen, die wir als Flüchtlinge oder Migranten bei uns aufnehmen. Wir halten angemessene Bildungsangebote bereit, um ihnen Integration und den Zugang zum öffentlichen Leben zu ermöglichen.

KARLSRUHE



LEIPZIG



FRANKFURT AM MAIN

IV. ABSTIMMUNG DER NACHHALTIGKEITSAKTIVITÄTEN VON KOMMUNEN, LÄNDERN, BUND, EUROPÄISCHER UNION UND GLOBAL

Eine große Chance und Verantwortung liegt in der verbesserten und wirksameren Abstimmung der Ebenen von den Kommunen bis zur EU und global. Dies ist nicht durch formale administrative Vorgaben möglich, sondern nur durch den aktiven Willen aller Beteiligten zur Kooperation und zum Austausch über wirksame und erfolgreiche Strategien.

Konkret heißt das für uns:

1. „Bottom-up“ und „Top-down“ in ein gesundes Verhältnis bringen

Auf allen Ebenen müssen Nachhaltigkeitsstrategien einerseits die Herausforderungen klar benennen und andererseits ein hohes Maß an Kohärenz und Anschlussfähigkeit aufweisen. Das ist oft nicht einfach und erfordert ein hohes Maß an Verantwortung und Kreativität.

Wir orientieren uns an den Nachhaltigkeitsstrategien der Bundesländer, an der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie und insbesondere an den globalen Nachhaltigkeitszielen, wie sie im September 2015 den Vereinten Nationen vorliegen. Für eine wirksame Umsetzung ist jedoch

NORDERSTEDT



eine stärkere Einbindung der Kommunen bei der Entwicklung dieser Strategien nötig. Die kommunale Selbstverwaltung ist ein hohes politisches Gut, das stärkere Berücksichtigung finden sollte.

Wir ermutigen die Bundesregierung, unter Einbezug der Länder und Kommunen, die Fortschreibung der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie mit Blick auf ihre Wirksamkeit vor Ort voranzubringen und sich zudem weiterhin für die Fortführung einer EU-Nachhaltigkeitsstrategie einzusetzen.

2. Beim Messen von Nachhaltigkeit kooperieren

Alle politischen Ebenen sind gleichermaßen gefordert, ihre Erfolge, Schwachstellen und Konflikte in Sachen Nachhaltigkeit anhand geeigneter Kenngrößen zu beurteilen.

Wir stellen uns dieser Aufgabe und orientieren uns dabei an den Zielen und Anforderungen der jeweiligen Kommune. Wir sind bereit, jene Indikatoren der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie und (sofern vorhanden) der Länderstrategien in unseren kommunalen Nachhaltigkeitsstrategien aufzugreifen, für die eine kommunale Bilanz sinnvoll ist und die keinen übermäßigen bürokratischen Aufwand erzeugen. Bund und Länder sollen die Kommunen wirksamer an der Fortentwicklung ihrer Ziele und Indikatoren beteiligen und darauf achten, dass der überwiegende Teil der Landes- und Bundes-Indikatoren auf kommunaler Ebene sinnvoll abgebildet werden kann, dort praktische Relevanz hat und dass die entsprechenden Daten zur Verfügung gestellt werden.

Bei der Umsetzung der im September 2015 zu verabschiedenden globalen Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen kommt den Kommunen eine bedeutende Rolle zu. Wir sind uns dieser Verantwortung bewusst und regen einen engen Austausch mit der Bundesebene zur Umsetzung und zum Monitoring an.

3. Die politische Leitschnur Nachhaltigkeit ernsthafter befolgen

Wir sind bereit, uns die Strategien der Länder und die nationale Nachhaltigkeitsstrategie als Richtschnur zu eigen zu machen. Wir erwarten aber umgekehrt, dass die Bundesregierung und die Länder ihre Politik stärker als bisher an dieser Richtschnur ausrichten. Sie sollen gesetzliche Regulierungen, Fiskalpolitik und Förderprogramme stärker als bisher nach dem Leitbild einer nachhaltigen Entwicklung unseres Landes und unserer Städte sowie generationengerechter Finanzen gestalten.

Wir regen an, den Erfahrungsaustausch und die gegenseitige Information zu verbessern. Nachhaltigkeit erfordert eine partnerschaftliche Zusammenarbeit aller Beteiligten.

4. Global Verantwortung übernehmen

Die globalen Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen unterstreichen die Bedeutung der lokalen Ebene für die nachhaltige Entwicklung. Sie zeigen, dass Entwicklungspolitik weiterhin ein wichtiges globales Anliegen ist, gehen aber richtigerweise weit darüber hinaus. Wir halten es für unabdingbar, dass Kommunen sich stärker international vernetzen, in den fachlichen Austausch treten und ihre Positionen und Interessen gemeinsam in politische Prozesse auch auf internationaler Ebene einbringen.

Wir sehen, dass wir in internationalen Projektkooperationen und Partnerschaften viel erreichen können, und machen Entwicklungszusammenarbeit deshalb zu einem festen Bestandteil unserer Kommunalpolitik. Im Mittelpunkt stehen die Zusammenarbeit auf Augenhöhe und der Austausch guter, erprobter Beispiele. Die Multikulturalität und Internationalität unserer Kommunen, der Wissens- und Erfahrungsschatz der kommunalen Selbstverwaltung und unsere praktischen Erfahrungen mit nachhaltiger Stadtentwicklung setzen wir dabei in Wert. Die Bundesregierung sollte Kommunen als Akteure der Entwicklungszusammenarbeit noch stärker anerkennen und unterstützen. Der internationale Austausch zur Umsetzung der globalen Nachhaltigkeitsziele sollte intensiviert werden.

BAD HOMBURG



SUHL

Oberbürgermeister Andreas Bausewein, Erfurt
Oberbürgermeister Andreas Brand, Friedrichshafen
Oberbürgermeister Uli Burchardt, Konstanz
Oberbürgermeister Peter Feldmann, Frankfurt am Main
Oberbürgermeister Peter Gaffert, Wernigerode
Oberbürgermeister Thomas Geisel, Düsseldorf
Oberbürgermeister Dr. Kurt Gribl, Augsburg
Oberbürgermeister Wolfgang Griesert, Osnabrück
Oberbürgermeister Bertram Hilgen, Kassel
Oberbürgermeister Hans-Joachim Grote, Norderstedt
Oberbürgermeister Burkhard Jung, Leipzig
Bürgermeisterin Dr. Angelika Kordfelder, Rheine
Oberbürgermeister Michael Korwisi, Bad Homburg
Oberbürgermeister Markus Lewe, Münster
Oberbürgermeister Jörg Lutz, Lörrach
Oberbürgermeister Ulrich Mädge, Lüneburg
Oberbürgermeister Dr. Ulrich Maly, Nürnberg
Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup, Karlsruhe
Oberbürgermeister Jürgen Nimptsch, Bonn
Oberbürgermeister Boris Palmer, Tübingen
Oberbürgermeister Jochen Partsch, Darmstadt
Oberbürgermeister Reinhard Paß, Essen
Oberbürgermeister Dr. Daniel Rapp, Ravensburg
Oberbürgermeister Dieter Reiter, München
Oberbürgermeister Jürgen Roters, Köln
Oberbürgermeister Dr. Dieter Salomon, Freiburg
Oberbürgermeister Stefan Schostok, Hannover
Oberbürgermeister Werner Spec, Ludwigsburg
Oberbürgermeister Bernd Tischler, Bottrop
Oberbürgermeister Dr. Jens Triebel, Suhl
Oberbürgermeister Dr. Manfred Wilde, Delitzsch
Oberbürgermeister Dr. Eckart Würzner, Heidelberg

IMPRESSUM

Zweite, vollständig überarbeitete, erweiterte und aktualisierte Auflage

Herausgegeben von den am Dialog „Nachhaltige Stadt“ beteiligten Oberbürgermeisterinnen und Oberbürgermeistern

Oberbürgermeister Andreas Bausewein, Erfurt; Oberbürgermeister Andreas Brand, Friedrichshafen; Oberbürgermeister Uli Burchardt, Konstanz; Oberbürgermeister Peter Feldmann, Frankfurt am Main; Oberbürgermeister Peter Gaffert, Wernigerode; Oberbürgermeister Thomas Geisel, Düsseldorf; Oberbürgermeister Dr. Kurt Gribl, Augsburg; Oberbürgermeister Wolfgang Griesert, Osnabrück; Oberbürgermeister Hans-Joachim Grote, Norderstedt; Oberbürgermeister Bertram Hilgen, Kassel; Oberbürgermeister Burkhard Jung, Leipzig; Bürgermeisterin Dr. Angelika Kordfelder, Rheine; Oberbürgermeister Michael Korwisi, Bad Homburg; Oberbürgermeister Markus Lewe, Münster; Oberbürgermeister Jörg Lutz, Lörrach; Oberbürgermeister Ulrich Mädge, Lüneburg; Oberbürgermeister Dr. Ulrich Maly, Nürnberg; Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup, Karlsruhe; Oberbürgermeister Jürgen Nimptsch, Bonn; Oberbürgermeister Boris Palmer, Tübingen; Oberbürgermeister Jochen Partsch, Darmstadt; Oberbürgermeister Reinhard Paß, Essen; Oberbürgermeister Dr. Daniel Rapp, Ravensburg; Oberbürgermeister Dieter Reiter, München; Oberbürgermeister Jürgen Roters, Köln; Oberbürgermeister Dr. Dieter Salomon, Freiburg; Oberbürgermeister Stefan Schostok, Hannover; Oberbürgermeister Werner Spec, Ludwigsburg; Oberbürgermeister Bernd Tischler, Bottrop; Oberbürgermeister Dr. Jens Triebel, Suhl; Oberbürgermeister Dr. Manfred Wilde, Delitzsch; Oberbürgermeister Dr. Eckart Würzner, Heidelberg

In deren Auftrag zusammengestellt von der Geschäftsstelle des Rates für Nachhaltige Entwicklung

© August 2015 Rat für Nachhaltige Entwicklung

Geschäftsstelle c/o GIZ GmbH

Verantwortlich: Julia Kailasvuori

Potsdamer Platz 10

10785 Berlin

www.nachhaltigkeitsrat.de / info@nachhaltigkeitsrat.de

Gestaltung: Schumacher. Visuelle Kommunikation, www.schumacher-visuell.de

Lektorat: Petra Thoms

Druck: PPPP Service & Verlag, Norbert Wege e.K.

Gedruckt auf Envirotop (aus 100 % Altpapier)

Bildnachweise:

S. 4 Ravensburg: Stadt Ravensburg; S. 4 Augsburg: S. Kerpf / Stadt Augsburg; S. 4 Rheine: Stadt Rheine; S. 4 Tübingen: Stadt Tübingen; S. 5 Kassel: Stadt Kassel, Andreas Weber; S. 6 Düsseldorf: Landeshauptstadt Düsseldorf; S. 6 Bonn: Bundesstadt Bonn; S. 7 Ludwigsburg: Stadt Ludwigsburg / Geoplana; S. 9 Delitzsch: Stadt Delitzsch; S. 9 Essen: Nattler Architekten; S. 9 Freiburg: FWTM / Schoenen; S. 10 Lörrach: Stadt Lörrach; S. 12 Konstanz: Stadt Konstanz und naturblau+++; S. 13 Lüneburg: Stadtpressestelle Lüneburg; S. 13 Hannover: Franz Bischof; S. 14 Köln: RheinEnergie AG; S. 14 München: Michael Nagy, Presse- und Informationsamt der Landeshauptstadt München; S. 14 Münster: Presseamt Münster / Tilman Roßmüller; S. 16 Osnabrück: Hermann Pentermann; S. 17 Wernigerode: Jürgen Meusel; S. 17 Erfurt: Landeshauptstadt Erfurt; S. 17 Heidelberg: Stadt Heidelberg, Joachim Weiss; S. 18 Darmstadt: Baugebiet K6 in Kranichstein, Ulrich Mathias; S. 18 Nürnberg: Stadt Nürnberg, kommunales Energiemanagement; S. 20 Friedrichshafen: Stadt Friedrichshafen; S. 21 Bottrop: Stadt Bottrop; S. 22 Frankfurt am Main: PIA, Wiebke Reimann; S. 22 Leipzig: Stadt Leipzig; S. 22 Karlsruhe: Presse- und Informationsamt der Stadt Karlsruhe; S. 23 Norderstedt: Stadt Norderstedt / Schilling GmbH / blauraum; S. 25 Bad Homburg: Gerd Kittel, Kur- und Kongreß-GmbH Bad Homburg; S. 25 Suhl: Stadt Suhl

